

Fraktion die LINKE
Volt-Fraktion im Rat der Stadt Köln

An den Oberbürgermeister
Herrn Torsten Burmester

An den Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses
Herrn Dr. Ralf Heinen

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 22.04.2026

AN/0651/2026

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Jugendhilfeausschuss	05.05.2026

Finanzierung der anerkannten freien Träger der Jugendhilfe in der Stadt Köln

Sehr geehrter Herr Dr. Heinen,
Sehr geehrter Herr Burmester,

die antragstellenden Fraktionen bitten Sie, folgenden Antrag für die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 05.05.2026 auf die Tagesordnung zu setzen:

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der anstehenden Haushaltsverhandlungen zum Doppelhaushalt ein Konzept vorzulegen, das eine gleichberechtigte und auskömmliche Finanzierung der freien Träger der Jugendhilfe in der Stadt Köln sicherstellt. Dabei sind insbesondere die Auswirkungen von Tarifsteigerungen sowie inflationsbedingte Kostensteigerungen (verbindlich) zu berücksichtigen und in eine Anpassung der bestehenden Fördersystematik einfließen zu lassen. Das Konzept ist dem Jugendhilfeausschuss bis zur Sitzung am 29.09.2026 zur Beratung vorzulegen.

Begründung:

Die freien Träger der Jugendhilfe in der Stadt Köln leisten einen essentiellen Beitrag zur Erfüllung der nach SGB VIII bestehenden Pflichtleistungen in allen Bereichen der Jugendhilfe (Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, erzieherischer Kinder- und Jugendschutz, Förderung der Erziehung in der Familie, Förderung der Erziehung in der Familie, Hilfe für junge Volljährige). Leistungen in diesen Bereichen sind nicht nur dem Gesetz nach verpflichtend zu erbringen, sondern bilden durch ihre Niederschwelligkeit einen Zugang zur unkomplizierten und schnellen Hilfe in belastenden Situationen. Dadurch leisten die freien Träger ebenso wie die städtischen Einrichtungen einen wichtigen Beitrag, Probleme in einem frühen Stadium anzugehen und somit folgenschwere Probleme und die damit verbundenen personellen und finanziellen Aufwände zu verhindern.

Mit den beispielsweise bestehenden 4-Jahres-Verträgen ohne Dynamisierungen für die Familien- und Fachberatungsstellen, werden zahlreiche Träger durch die Finanzierungssystematik vor das Problem gestellt einerseits nach Tarifvertrag bezahlen zu müssen um Landeszuschüsse zu erhalten und die Qualität der Leistungen zu erhalten, gleichzeitig werden die damit verbundenen Tarifierhöhungen aber nicht in den kommunalen Förderungen abgebildet.

Während die Tarifierhöhung und die steigenden Kosten in den Bezirksjugendämtern und städtischen Einrichtungen durch steigende Budgets oder überplanmäßige Aufwendungen in der Verwaltung mitgetragen werden, wird dies den freien Trägern nicht gewährt und stellt durch den eingefrorene Förderbetrag die freien Träger vor die unlösbare Aufgabe ihren Trägeranteil auf bis zu 25% unrealistisch stark zu steigern. Dieses Problem gilt insbesondere für die Familien- und Fachberatungsstellen, aber in abgewandelter Form auch für alle anderen Bereiche.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Hans Günter Bell
Linke-Fraktionsgeschäftsführer

gez. Lucas Sickmüller
Geschäftsführer Volt-Fraktion